

DIE LINKE. NRW, Kortumstraße 106 - 108, 44787 Bochum

An die  
Bürgermeisterinnen und Bürgermeister  
der Mitgliedsstädte und -gemeinden im  
Städte- und Gemeindebund NRW

**Landesvorstand**

Kortumstraße 106-108  
44787 Bochum  
0234 - 417 479 11  
0234 - 417 479 20 (Fax)  
[lgs@dielinke-nrw.de](mailto:lgs@dielinke-nrw.de)  
[www.dielinke-nrw.de](http://www.dielinke-nrw.de)

**Bankverbindung:**  
Sparkasse Köln-Bonn  
BLZ: 370 501 98  
Kto.: 175 328 21

Bochum, den 03. Juni 2015

**Offener Brief von 215 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister  
aus Nordrhein-Westfalen**

Sehr geehrte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister,

wir wenden uns in großer Sorge an Sie. Anlass ist der Brandbrief, in dem Sie sich zu einem angeblich „unkontrollierten Zustrom von Flüchtlingen“ äußern. Sie bewerten die vom Bundestag verabschiedeten Regelungen als einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Der Zustrom müsse „spürbar verringert werden“. Sie möchten die vorhandenen Ressourcen für die Unterbringung der Flüchtlinge einsetzen, die sich „erfolgreich auf ihr Grundrecht auf Asyl berufen können“. Doch eine Abwehr von Menschen, die vor Krieg und bitterer Armut nach Deutschland fliehen, läuft auf eine Außerkraftsetzung des Asylrechtes als Grundrecht hinaus.

Im Gegensatz zu Ihnen sehen wir das Problem nicht bei den Geflüchteten. Erst durch die Steuergeschenke der letzten Jahrzehnte an Superreiche und Konzerne sowie die dadurch geleerten öffentlichen Kassen wird die Aufnahme der Schutzsuchenden zu einer Herausforderung, die die öffentliche Hand an ihre Grenzen bringt.

Sie schreiben: „Der bisherige Zustrom von Flüchtlingen in unsere Städte und Gemeinden hat dazu geführt, dass so gut wie alle verfügbaren Unterbringungsmöglichkeiten mittlerweile erschöpft sind“.

Doch zu diesem Bild gehört, dass in den letzten zwei Jahrzehnten zweieinhalb Millionen Sozialwohnungen in Deutschland weggekürzt wurden.

Sie schreiben weiter: „Der Betrieb der kommunalen Unterbringungseinrichtungen bindet in ganz erheblichem Umfang kommunales Personal“.

Das stimmt natürlich. Aber auch das Personal der Kommunen wurde aufgrund der Haushaltsnot in den Kommunen massiv zusammengestrichen. So sind allein seit dem Jahr 2000 insgesamt 250.000 Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut worden

Sie schreiben außerdem: „Dies führt dazu, dass wir viele kommunale Pflichtaufgaben nicht oder nur noch sehr eingeschränkt erfüllen können.“

Auch hier stimmt Ihre Aussage. Doch die kommunale Selbstverwaltung ist seit Jahren in Gefahr. Vielerorts wurde bereits vor dem Anwachsen der Flüchtlingszahlen kaum noch das Nötigste gemacht. In NRW stehen zahlreiche Kommunen seit Jahren am Rande des finanziellen Zusammenbruchs. Die kommunalen Pflichtaufgaben leiden also in NRW nicht erst seit dem Sommer 2015, sondern seit vielen Jahren.

Kurz: die Probleme, von denen Sie berichten, haben ihre Ursache nicht in der Flüchtlingstragödie, sondern in einer Politik für die obersten zehn Prozent der Gesellschaft, die sich seit Jahren in Sozial- und Personalkürzungen in den Kommunen niederschlägt. **Die soziale Schieflage der Kommunen dem Grundrecht auf Asyl entgegenzustellen, ist Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten.**

Zurecht weisen Sie darauf hin, dass „die Krisenherde der Erde eher zu- als abnehmen“. Das erfordert aber keine Abschreckungspolitik gegen Flüchtlinge, sondern eine 180° Wende in der Außen- und Wirtschaftspolitik Deutschlands. Ihrer Befürchtung „dass Deutschland trotz des Asylpakts weiterhin attraktiv für viele Flüchtlinge sein wird“ möchten wir vor diesem Hintergrund entgegenen: Wir wollen ein attraktives Deutschland und ein attraktives NRW für alle hier lebenden Menschen, auch für Flüchtlinge.

Nicht Menschen abschrecken, sondern Fluchtursachen bekämpfen und die Mittel in Deutschland gerechter verteilen ist der Weg aus der Krise.

Unseren alternativen Forderungskatalog finden Sie in der Anlage.

Freundliche Grüße

Der Landesvorstand DIE LINKE. NRW

Özlem Demirel	Ralf Michalowsky	Sascha H. Wagner	Christel Rajda
Darius Dunker	Corneliy Swillus-Knöchel	Christian Leye	Ingrid Remmers
Azad Tarhan	Ruth Tietz	Jules El-Khathib	Ayten Kaplan
Jürgen Aust	Ingrid Joost	Jasper Prigge	Asli Nau
Helmut Born	Ezgi Güyildar	Michael Aggelidis	

**DIE LINKE. NRW fordert:**

1. Sprache ist eine Schlüsselqualifikation. Die ankommenden Flüchtlinge müssen möglichst kurz nach ihrer Ankunft **Sprachkurse** angeboten bekommen. Eine lange Wartedauer erschwert ihre weiteren Integrationsbemühungen erheblich.
2. Der **soziale Wohnungsbau** muss dringend wieder ausgebaut werden. In vielen Städten NRWs stehen darüber hinaus Wohnungen, Häuser und ganze Bürokomplexe leer. Dieser Leerstand muss unverzüglich für Flüchtlinge hergerichtet bzw. umgebaut und dazu notfalls auch erst einmal beschlagnahmt werden. Flüchtlinge sollten so schnell wie möglich in Wohnungen statt in Sammelunterkünften untergebracht werden und generell die Möglichkeiten haben, dorthin zu gehen, wo schon Familienangehörige, Verwandte und Freunde sind. Letzteres würde auch die Integrationsarbeit erheblich fördern.
3. **Sofort-Investitionen in Bildung und Ausbildung**  
Die geflüchteten Kinder und Jugendlichen müssen umgehend und kostenfrei Zugang zu allen Bildungs- und Integrationsangeboten erhalten. Die Zahl der Lehr- und Erziehungskräfte muss schnell und entsprechend der tatsächlichen Flüchtlingszahlen aufgestockt werden. Analog dazu müssen die Studienplätze erhöht werden.
4. Die Integration der erwachsenen Flüchtlinge in Arbeit ist eine weitere große Herausforderung. Zu ihrer Bewältigung muss auch hier das Personal für **Qualifizierung und Integrationsangebote in Arbeit** dringend aufgestockt werden.
5. Die Neuankömmlinge in NRW brauchen Anlaufstellen, wo sie sich ausführlich und unabhängig beraten lassen können. Bestehende Angebote für **Sozialberatungen** müssen entsprechend ausgebaut werden.
6. Es braucht dringend **landesweit geltende Standards** zur Unterbringung geflüchteter Menschen. Dass ein Großteil noch immer in Zelten leben muss, ist ein unhaltbarer Zustand. Auch die Massenunterbringung in Hallen ist keine menschenwürdige Unterkunft. In vielen Städten NRWs stehen ganze Häuser und Büroflächen leer, die unverzüglich als Unterkünfte bereitgestellt werden müssen. Den Menschen muss die Möglichkeit eingeräumt werden, bei Verwandten und Bekannten unterzukommen. Zudem muss der öffentliche Wohnungsbau endlich verstärkt werden.

7. Wir brauchen auch in NRW eine(n) **unabhängige(n) Flüchtlingsbeauftragte(n)**, der/die den Landtag berät, eigene Initiative einbringen sowie Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen und Verordnungen abgeben kann und über ein Vetorecht verfügt. Er/sie soll gegenüber den zuständigen Behörden Akteneinsichtsrechte besitzen, die Bevölkerung über flüchtlingspolitische Belange informieren und lokale Willkommens- und Unterstützungsinitiativen unterstützen.

Für die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen bedarf es natürlich einer entsprechenden finanziellen Ausstattung. Die bereits vorher strukturell unterfinanzierten Kommunen in NRW benötigen zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen die Soforthilfe des Bundes. Die Bundestagsfraktion der Linken hat dazu erste Zahlen auf den Tisch gelegt.

Sehr geehrte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Integration der geflüchteten Menschen in unsere Gesellschaft insgesamt und in NRW im Besonderen kann gelingen, wenn dazu der Wille besteht und die politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Das Ausspielen armer Menschen in unserem Land gegen die Not der Flüchtlinge lehnen wir ab!

Die eigentlichen Fluchtursachen müssen beseitigt werden!